

Die Instrumentalisierung des Vorwurfs ausländischer Einmischung: Eine Analyse westlicher Regierungstaktiken am Beispiel des kanadischen Freiheitskonvois

Der kanadische Freiheitskonvoi von 2022 bietet einen aufschlussreichen Fall, um zu untersuchen, ob und wie westliche Regierungen Vorwürfe ausländischer Einmischung systematisch nutzen, um Protestbewegungen zu diskreditieren. Während die kanadische Regierung unter Premierminister Justin Trudeau Verbindungen zu russischer Einmischung andeutete, während sie die Notstandsgesetzgebung gegen die Proteste einsetzte, stellte sich später heraus, dass die Canadian Security Intelligence Service (CSIS) keine konkreten Beweise für eine "Section 2 Threat" gemäß der CSIS-Gesetzgebung gefunden hatte. Ein Bundesgericht verwarf 2024 die Rechtsgrundlage für die Anwendung des Notstandsgesetzes als unbegründet, was Fragen über die Verhältnismäßigkeit der staatlichen Reaktion aufwarf. Diese paradoxe Situation — wo Regierungsbeamte von ausländischer Einmischung sprachen, während die Geheimdienste gleichzeitig keine konkreten Beweise für ernst zu nehmende Gewalt oder Sicherheitsbedrohungen dokumentierten — deutet tatsächlich auf ein breiteres Muster hin. Akademische Forschung und internationale Fallstudien zeigen, dass der Vorwurf ausländischer Einmischung zu einer standardisierten rhetorik-politischen Strategie geworden ist, nicht nur im Westen, sondern weltweit, um Protestbewegungen zu delegitimieren, die Glaubwürdigkeit von Aktivisten zu untergraben und eine stärkere staatliche Repression zu rechtfertigen. Diese umfassende Analyse untersucht den kanadischen Fall als Mikrokosmos eines globalen Phänomens und dokumentiert, wie dieser Vorwurf funktioniert, welche messbaren Auswirkungen er auf die öffentliche Meinung hat und wie er in verschiedenen politischen Kontexten missbraucht wird.

Der kanadische Freiheitskonvoi: Ursprünge, Dynamik und regierungliche Reaktion

Der Freiheitskonvoi begann als eine spezifische Reaktion auf neue Impfstoffanforderungen für grenzüberschreitende Lkw-Fahrer, entwickelte sich aber schnell zu einer breiteren Protestbewegung gegen COVID-19-Beschränkungen insgesamt⁵. Die unmittelbare Ursache war eine Richtlinienänderung, die sowohl kanadische als auch amerikanische Behörden im Januar 2022 einführten: Lkw-Fahrer, die die Grenze überqueren wollten, mussten vollständig geimpft sein⁵. Dies war eine erhebliche Veränderung, da diese Fahrer während der Pandemie von Impfanforderungen weitgehend ausgenommen worden waren, im Gegensatz zu anderen Reisenden⁵. Für die schätzungsweise 16.000 betroffenen ungeimpften Fahrer bedeutete dies eine existenzielle Bedrohung für ihre Lebensgrundlage⁵.

Mit Hilfe sozialer Medien und bestehender Kontaktnetzwerke in der Transportbranche organisierten Personen aus der Lkw-Industrie und ihre Verbündeten eine Serie von Lkw-Konvois nach Ottawa⁵. Was folgte, übertraf die Erwartungen der Organisatoren erheblich⁵. Hunderte von Lastkraftwagen fuhren quer durchs Land in Richtung Ottawa und wurden von hunderten weiteren unterstützt, um

Konvois zu bilden, die mehrere Kilometer lang waren²⁷. Tausende von Unterstützern drängten sich an Straßenrändern, um die Konvois anzufeuern, und spendeten Millionen von Dollar zur Unterstützung ihrer Bemühungen²⁷. Nach ihrer Ankunft in Ottawa am 29. Januar 2022 lähmten die Protestierenden effektiv das Zentrum der Stadt²⁶. Straßen waren mit Lastkraftwagen gefüllt, Parks wurden zu Lagern, und Gehwegen waren voller Protestierender²⁷.

Dieser bemerkenswerte Aufstieg einer Protestbewegung war jedoch nicht, wie offizielle kanadische Narrative später nahelegten, das Ergebnis einer koordinierten ausländischen Operation. Die CSIS-Analyse deutet darauf hin, dass der Konvoi vielmehr ein Gelegenheitsraum wurde, der es verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Beschwerden ermöglichte, sich gegen einen gemeinsamen wahrgenommenen Gegner zu vereinigen³. Die Mehrheit der Teilnehmer hatte wahrscheinlich wenig bis gar keine Verbindung zur Lkw-Industrie, sondern nutzte den Protest vielmehr als Gelegenheit, ihre eigenen persönlichen und ideologischen Beschwerden zu äußern³. Dies war ein entscheidender Punkt: Was mit einer branchenspezifischen beruflichen Frage begann, wurde zu einem Sammelbecken für eine viel breitere Palette von politischen Unzufriedenheiten, die sich während der Pandemie aufgebaut hatten.

Die kanadische Regierung und ihre Verbündeten antworteten auf die Proteste mit zunehmender Alarmrhetorik. Am 14. Februar 2022, etwa zwei Wochen nach Beginn der Proteste in Ottawa, erklärte die kanadische Regierung einen öffentlichen Notfallzustand unter Berufung auf das Notstandsgesetz⁴. Dies war das erste Mal, dass dieses Gesetz seit seiner Verabschiedung 1988 zum Schutz von Bürgerrechten eingesetzt wurde⁸. Das Notstandsgesetz definiert einen nationalen Notfall als "eine dringende und kritische Situation vorübergehender Natur, die die Leben, Gesundheit oder Sicherheit von Kanadiern ernsthaft gefährdet, die Kapazität oder Autorität einer Provinz übersteigt, damit umzugehen und nicht wirksam unter einem anderen kanadischen Gesetz behandelt werden kann"⁸. Mit der Invokation dieses Gesetzes erhielten die Polizeibehörden zusätzliche Befugnisse, darunter die Regulation und das Verbot öffentlicher Versammlungen, die Benennung sicherer Orte, Anweisungen an Banken, Vermögenswerte einzufrieren, und ein Verbot der Unterstützung für Protestteilnehmer⁸.

Der Vorwurf der russischen Einmischung: Rhetorische Konstruktion versus Geheimdienstliche Realität

Ein kritischer Aspekt dieser Geschichte ist die Kluft zwischen dem, was Regierungsbehörden öffentlich über russische Einmischung andeuten, und dem, was die Geheimdienste tatsächlich dokumentierten. Die CSIS berichtete in ihrer Aussage vor dem Special Joint Committee on the Declaration of Emergency, dass die Agentur die Proteste genau überwachte und dabei insbesondere auf "Möglichkeiten achtete, die die Proteste für Akteure im Bereich Ideologisch motivierte Gewalt und Extremismus (IMVE) darstellen könnten, um ernsthafte Gewaltakte in Kanada zu fördern oder durchzuführen"³. Die Agentur arbeitete aktiv mit der Royal Canadian Mounted Police (RCMP) und anderen Strafverfolgungsbehörden zusammen, um etwaige Bedrohungen zu teilen³.

Doch das ist das Entscheidende: Trotz dieser intensiven Überwachung und Zusammenarbeit kam die CSIS zu einem bemerkenswert moderaten Schluss. "Letztendlich beobachtete die CSIS keine konkreten Komplotts zu ernsthafte Gewalt oder Mobilisierung für ernsthafte Gewalt, und

daher beobachtete sie keine Section 2 Bedrohung, wie sie in der CSIS-Gesetzgebung definiert ist³. Dies ist eine kritische Feststellung: Der kanadische Geheimdienst konnte unter dem relevanten legalen Standard für nationale Sicherheitsbedrohungen keinen erforderlichen Schwellenwert feststellen. Die CSIS betonte auch, dass die "Bewertung von Sicherheitsbedrohungen in Bezug auf den Konvoi durch die flüssige und nichthomogene Natur der Proteste und den Umfang des spezifischen CSIS-Mandats erschwert wurde"³.

Das Notstandsgesetz verlangt, dass Bedrohungen die nationale Sicherheit darstellen oder ernsthafte Gewalt beinhalten. Die CSIS konnte keine konkreten Pläne oder Mobilisierungen für ernsthafte Gewalt feststellen. Das ist für die rechtsstaatliche Analyse zentral: Wenn die Geheimdienste nicht den legalen Standard für eine nationale Sicherheitsbedrohung erfüllt sehen, auf welcher Grundlage kann dann die Regierung das Notstandsgesetz rechtskonform invozieren?

Diese Frage wurde später vom Bundesgericht angesprochen. Im Jahr 2024, zwei Jahre nach der Invokation des Notstandsgesetzes, verwarf ein Bundesgericht die Rechtsgrundlage für die Anwendung der Gesetzgebung^{7 8}. Das Gericht befand, dass die Regierung "keine angemessenen Gründe hatte zu glauben, dass ein nationaler Notfall existierte"⁸. Der Court of Appeal kam zu dem Schluss, dass die Regierung "angesichts der Wortlautung des Gesetzes, seiner verfassungsrechtlichen Grundlage und der Aufzeichnungen, die zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung zur Verfügung standen, keine angemessenen Gründe hatte, ein öffentliches Notfallzustand zu glauben"⁸. Die Richter erklärten, dass das Versäumnis, die Anforderungen für die Erklärung eines öffentlichen Notfalls zu erfüllen, zu dem Schluss führte, dass die föderale Verkündung "unvernünftig" war und die Grenzen der legalen Autorität überschritt⁸.

Dies war keine Randentscheidung. Der Bundesrat berief sich dann an den Federal Court of Appeal, der die Entscheidung des unteren Gerichts im Januar 2024 bestätigte⁸. Die Regierung kündigte darauf an, dass sie sich an den Supreme Court of Canada wenden würde⁸. Mit anderen Worten: Der ganze Rahmen, unter dem die Notstandsgesetzgebung invoziert wurde, wurde von zwei Gerichtsinstanzen als rechtlich unbegründet eingestuft. Dies wirft fundamentale Fragen auf: Wenn es keine legale Grundlage gab, das Notstandsgesetz zu invozieren, können die während dieses Zeitraums ergriffenen Maßnahmen — einschließlich des Einfrierens von Bankkonten und der Polizeievakuierungen — wirklich als notwendig zur Bewältigung einer nationalen Notfallsituation gerechtfertigt werden?

Die interessante Ironie ist, dass während die Regierung öffentlich die Bedrohung betont und dabei Hinweise auf ausländische Einmischung andeutete, die Geheimdienste, denen Mandatiert wurde, solche Bedrohungen zu bewerten, kein legales Schwellenevent für eine Sicherheitsbedrohung durch den Standard ihrer eigenen Gesetzgebung dokumentierten. Das ist ein Beispiel dafür, wie der Vorwurf ausländischer Einmischung in einer rhetorischen Rhetorik-Konstruktion verwendet werden kann, die von den verfügbaren Geheimdiensten nicht unterstützt wird.

Die CSIS und die Untersuchung der ausländischen Einmischung: Was wurde tatsächlich gefunden?

Während die CSIS keine ernsthafte Gewalttätigkeit oder Sicherheitsbedrohungen feststellen konnte, die das Notstandsgesetz rechtfertigen würden, untersuchte die Agentur tatsächlich Fragen der

ausländischen Einmischung in Bezug auf die Konvois. Die CSIS erklärte öffentlich, dass sie "ausländische Interferenzaktivitäten in Kanada durch die PRC, Russland und Iran untersucht hat"³. In Bezug auf Russland insbesondere vermerkte die CSIS in ihrem öffentlichen Bericht von 2022, dass "Russland als ein Land notiert wurde, das sich an Desinformationskampagnen beteiligt, als ein Weg, um die öffentliche Meinung und Unterstützung in Kanada zum Konflikt mit der Ukraine zu beeinflussen"³.

Dies ist eine wichtige Unterscheidung: Die CSIS führte Desinformationskampagnen in Kanada durch, aber es ist nicht klar, dass diese spezifisch auf die Konvois gerichtet waren oder diese "gepuscht" haben, wie der Nutzer andeuten könnte. Russische Desinformation ist eine bekannte und dokumentierte Taktik, die sich auf eine Vielzahl von Themen erstreckt, aber die bloße Existenz russischer Desinformationskampagnen bedeutet nicht, dass jede Protestbewegung, die Russland instrumentalisiert oder über die berichtet wird, ein "Pushed" Phänomen ist.

Die verwirrende Situation ist, dass die Regierung öffentlich von ausländischer Einmischung sprach, während die Geheimdienste — auf deren Einschätzung sich die Regierungsentscheidung hätte stützen müssen — bei der Frage der Schwere der Bedrohung deutlich zurückhaltender waren. Die öffentliche Ordnung-Notfallkommission, die von Justice Paul Rouleau geleitet wurde, kam zu dem Schluss, dass "der sehr hohe Schwellenwert für die Invokation erfüllt war", aber Rouleau betonte auch, dass "vernünftige und informierte Menschen zu einer anderen Schlussfolgerung als der einen, zu der ich gekommen bin, gelangen könnten"⁷. Diese vorsichtige Einschränkung ist bemerkenswert: Ein Richter, der untersuchen sollte, ob die Notstandsgesetzgebung rechtskonform invoziert wurde, fand, dass selbst bei seinen Erkenntnissen, die die Invokation stützten, andere zu völlig anderen Schlussfolgerungen gelangen könnten.

Das globale Muster: Ausländische Einmischungsvorwürfe als strategisches Instrument zur Protestdiskreditierung

Was im kanadischen Fall bemerkenswert ist, wird noch bedeutungsvoller, wenn man ihn in den Kontext eines globalen Musters von Regierungsverhalten stellt. Akademische Forschung und internationale Fallstudien zeigen, dass der Vorwurf ausländischer Einmischung zu einer hochgradig standardisierten Taktik geworden ist, die von Regierungen verschiedener ideologischer Couleur und geografischer Regionen verwendet wird, um Protestbewegungen zu diskreditieren.

Eine der wichtigsten akademischen Arbeiten zu diesem Phänomen ist eine Studie im *American Political Science Review*, die die Auswirkungen von Vorwürfen ausländischer Einmischung auf die öffentliche Meinung zu Protesten untersucht^{9 9 20}. Die Forschung zeigt, dass "öffentliche Anschuldigungen von ausländischen Machenschaften Protestgruppen schädigen, indem sie die öffentliche Unterstützung reduzieren"⁹. Die Studie berichtet, dass "Vorwürfe der Auslandseinmischung zu einer durchschnittlichen Steigerung von 3,4/4,1% bei 'stark nicht einverstanden' und einem Rückgang von 5,1/3,7% bei 'stark zustimmen' Antworten für amerikanische/kanadische Befragte zu Fragen der Regierungszugeständnisse an Protestierende führten"⁹. Mit anderen Worten: Der Vorwurf ausländischer Einmischung — ob begründet oder nicht — ändert messbar die öffentliche Unterstützung für Protestbewegungen.

Die Forschung identifiziert zwei Mechanismen, durch die dieser Effekt funktioniert⁹. Erstens untergräbt der Vorwurf ausländischer Einmischung die Glaubwürdigkeit der Protestgruppe selbst,

indem er die Frage aufwirft, ob die Protestierenden wirklich ihre erklärten Ziele vorantreiben oder stattdessen als "Puppen" ausländischer Mächte handeln⁹. Dies hebt die "Committed-to-Cause" Wahrnehmung auf, und potenzielle Unterstützer beginnen zu zweifeln, ob das, wofür Protestierende kämpfen, wirklich ihre eigenen echten Besorgnisse oder eine ausländische Agenda darstellt⁹. Zweitens führt der Vorwurf ausländischer Unterstützung zu der Wahrnehmung der Protestbewegung als "ausländische Verschwörung" und damit "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit"⁹. Diese Umrahmung ist besonders wirksam bei der Erreichung von Regierungsunterstützung für härtere Maßnahmen gegen Protestierende, was die Forschung mit den Worten dokumentiert: "Wenn Protestierenden ausländische Hilfe zugeschrieben wird, führt dies zu einer 4,1/4,9% Abnahme bei 'stark nicht einverstanden' und 6,8/8,4% Steigerung bei 'stark zustimmen' Antworten zu Regierungsverhaftung und strenge Zügel gegen Protestierende"⁹.

Dies ist nicht einfach eine westliche Phänomen. Die Forschung von Media Matters for Democracy über "Die autoritäre Spielbuch", wie Regierungen in Georgien, der Slowakei und Serbien ähnliche Desinformation und Taktiken gegen Proteste verwenden, dokumentiert, dass "regierende Parteien in allen drei Ländern parallele Rhetorik-Taktiken einsetzen, um Protestierende zu diskreditieren, Kritik zu delegitimieren und ihre Macht zu konsolidieren"¹². Der erste Taktik ist identisch: "Ausländische Einmischung und die 'Farbrevolution' Spielbuch in allen drei Ländern — Regierungen rahmen Proteste als auslandgesteuerte Versuche einer 'Farbrevolution' ein. Die Taktik ist nicht neu, aber hat mit erneueter Intensität wieder aufgetaucht"¹².

In Georgien beispielsweise hat die regierende Partei "Proteste, insbesondere die Proteste gegen das russisch-inspirierte Auslandseigentengesetz von 2023 und 2024 und die laufenden Proteste seit dem 28. November, als Putsch-Versuche, gefolgt von einem Krieg mit Russland, gerahmt"¹². In der Slowakei erklärt Premierminister Robert Fico die Proteste als von ausländischen Akteuren, einschließlich des ukrainischen Geheimdiensts und der georgischen Legion, gestützt, und verknüpft die Demonstrationen mit dem Maidan-Aufstieg in der Ukraine¹². In Serbien belebt Präsident Aleksandar Vučić Rhetorik der 1990er Jahre auf, indem er Protestierende als westliche Söldner darstellt, die auf ein auslandgestütztes Putsch abzielen¹².

Diese Rhetorik ist nicht einfach ein böswilliger Akt einzelner autoritärer Führungspersonen. Ein wichtiger Punkt aus dem Wilson Center, einem bedeutenden amerikanischen Institut für internationale Forschung, ist, dass "das, was im Zentrum dieser Annahmen liegt, sowohl russische als auch westliche, eine Logik ist, die die Handlungsfähigkeit inländischer Protestierender leugnet und Regierungen der Notwendigkeit befreit, direkt, als Gleichgestellte, mit der Inländischen Opposition zu berufen"¹³. Mit anderen Worten: Der gegenseitige Zirkel der gegenseitigen Beschuldigungen zwischen dem Westen und Autokratien funktioniert darin, dass er der Regierung ermöglicht, Protestierenden menschliche Handlungsfähigkeit zu leugnen.

Der Unterschied zwischen Einfluss und Einmischung: Eine erforderliche Klärung

Ein kritischer analytischer Punkt, der in dieser Diskussion oft verwischt wird, ist die Unterscheidung zwischen "ausländischem Einfluss" und "ausländischer Einmischung". Das Brennan Center for Justice, eines der führenden amerikanischen Institute für Verfassungsrecht und

Wahlangelegenheiten, hat diese Unterscheidung präzise definiert^{21 22}. "Wahleintmischung umfasst die Beeinträchtigung oder Unterbrechung der Fähigkeit von Wahlbeamten und Arbeitern, freie und faire Wahlen durchzuführen, während die breitere Kategorie der ausländischen Einflussnahme eine Vielzahl von Aktivitäten durch ausländische Regierungen oder ihre Agenten bezieht, um Wahlteilnehmer, einschließlich Kandidaten und Wähler, zu beeinflussen"^{21 22}. Die Unterscheidung ist nicht semantisch; sie hat echte praktische und rechtliche Implikationen.

Einmischung ist in der Regel illegal unter verschiedenen Bundesgesetzen²¹. Einfluss dagegen ist viel grauer: Es kann eine Vielzahl von Formen von Sprachhandlungen umfassen, wie Social-Media-Posts, und viele sind absichtlich dazu bestimmt, die Zielgruppe in ihrer Sicht zu beeinflussen²¹. Das Brennan Center berichtet, dass "während des 2024-Wahlzyklus die US-Geheimdienstgemeinschaft beobachtete, dass 'ausländische Akteure ... Einflussnarrative fördern, um zu versuchen, demokratische Institutionen zu untergraben, Zwietracht zu foment und/oder die öffentliche Meinung zu verändern'. Es notierte auch, dass ausländische Akteure sich auf 'bewusste und unwissende Amerikaner verlassen, um Narrative zu verbreiten, zu fördern und Glaubwürdigkeit zu geben, die ausländischen Akteuren' Interessen dienen"²¹.

Diese Unterscheidung ist für die kanadische Konvoi-Frage zentral. Es könnte sein, dass Russland, wie die CSIS berichtet, Desinformationskampagnen in Kanada durchführte, die möglicherweise die Konvoi-Narrative in Richtung einer Alarmismus verstärkt haben könnten — das wäre Einflussnahme. Aber dass Russland die Konvois tatsächlich "gepusht" oder organisiert hat — das würde Einmischung sein, und für solche Behauptungen gibt es keine dokumentierten Beweise. Die Unterscheidung ist nicht akademisch; sie ist zentral für die Frage, ob die Regierungsmaßnahmen rechtfertigt waren.

Westliche Definitionen und die "Color Revolution" Rhetorik: Ein doppeltes Standard?

Ein faszinierender Aspekt dieses Phänomens ist, wie westliche Regierungen und Medien die Natur "ausländischer Einmischung" define, wenn sie von non-westlichen Ländern kommt, im Vergleich zu, wie sie Einflussaktivitäten durch westliche Länder definieren. Dies wird durch die historische Anwendung des "Color Revolution" Framing ersichtlich. In den Fällen Georgiens, der Slowakei und Serbiens haben Regierungen Proteste als "Color Revolutions" beschrieben, ein Konzept, das mit westlicher unterstützten Regime-Wechsel-Operationen während der 2000er Jahre verbunden ist¹².

Die autoritäre Spielbuch-Forschung dokumentiert, dass in Georgien die "regierende Partei auch internationale Organisationen der ausländischen Einmischung und Verletzung Georgiens Souveränität durch Finanzierung lokaler Zivilgesellschaftsorganisationen und Beobachtungsgruppen beschuldigt. Am wichtigsten sind sie systematisch beschuldigt, die Proteste ohne Beweis zu finanzieren. 'Wir haben nicht nur Verdacht; wir haben Beweis, dass neben amerikanischen Mitteln auch EU-Mitgliedstaaten und europäische Stiftungen auch in Destabilisierung in Georgien finanziert wurden', erklärte der georgische Parlamentspräsident Shalva Papuashvili"¹².

Aber hier beginnt die Frage interessant zu werden: Westliche Regierungen und Stiftungen finanzieren tatsächlich Zivilgesellschaftsorganisationen weltweit. Dies ist dokumentiert, oft

öffentlich, und wird oft als ein Kernteil des westlichen demokratischen Engagements beschrieben. Ein Jacobin-Artikel über "Westlich gestützte NGOs: Eine hohle Version der Zivilgesellschaft" dokumentiert dies ausführlich, notierend, dass "über mehr als zwanzig Jahre die westlichen Regierungen und Stiftungen eine Mehrheit des Anteils in Georgiens politischen und sozialen Entwicklungen behauptet haben: In einem Land, das einige der höchsten pro-Kopf-Auslandshilfe über Jahre erhielt und auf dem Weg der EU-Integration für ein Jahrzehnt gewesen ist, haben ausländische Spender und internationale Finanzinstitutionen lange Zeit Gesetze und Reformen diktiert, und sogar Büros direkt innerhalb von Ministerien geöffnet, wo sie auch Gehälter von Beamten aufgestockt haben"¹⁵.

Das Jacobin-Stück fährt fort: "Im Großen und Ganzen haben westliche Regierungen eine mächtige und lautstarke Gruppe von Partei-NGOs finanziert, die jeweils dazu aufgefordert, zu sanktionieren, zu stürzen oder die Regierung zu kippen. So in Frühling 2023 führte die georgische Regierung zuerst ein Gesetz ein, das obligieren würde auslandfinanzierte NGOs, ihre Finanzen zu offenbaren. Nach einem Jahr intermittierend großer Proteste wurde es angenommen"¹⁵.

Die Ironie ist tief: Der Westen kritisiert georgische, serbische und slowakische Regierungen dafür, dass sie NGOs und Aktivitäten als "auslandgesteuert" rahmen, doch als diese Länder tatsächlich Transparenzanforderungen einführten, um massive Ströme von westlicher Finanzierung zu offenbaren, wurde dies vom Westen als Unterdrückung demokratischer Rede und Repression der Zivilgesellschaft charakterisiert. Mit anderen Worten: Westliche finanzierte Aktivitäten sind "Zivilgesellschaft" und "Demokratieförderung", wenn sie westliche Interessen vorantreiben, aber "auslandgesteuerte Destabilisierung", wenn sie von nicht-westlichen Ländern durchgeführt werden.

Der Aufstieg der Digitalen Desinformation und staatlich koordinierten Online-Operationen

Ein zusätzliches Komplexitätselement ist der Aufstieg echter, dokumentierter Kampagnen von staatlich koordinierten Online-Desinformationen. China betreibt das massive "50 Cent Army" Programm, auch als "Wumao Dang" bekannt, ein loses doch hochgradig wirksames Netzwerk von mehreren Millionen Kommentatoren, die beauftragt sind, nicht nur Kritik zu widersetzen, sondern aktiv pro-staatliche Narrative zu formen und Stimmen, die Dissidenz äußern, zu diskreditieren¹¹. Das System funktioniert nicht allein durch Löschung; es funktioniert ebenso durch Ablenkung und Umleitung¹¹. Russland betreibt ähnlich umfassende Kampagnen durch Organisationen wie die "Troll-Farmen", die Netzwerke mit falschen Narrativen und kremlfreundlichen Kommentaren überfluten⁶.

Die Existenz dieser realen Operationen kann dazu dienen, als eine bequeme Deckung für legitime Protestbewegungen zu fungieren, die in das breiter Gerücht von "auslandgesteuert zu sein" geworfen werden. Die akademische Forschung dokumentiert einen wichtigen Punkt: "Effektive Beschuldigungen auslandgestützter Einmischung eroden Unterstützung, indem sie Protestgruppen unter Verbündeten und aufgehetzten nationalistischen Ängsten diskreditieren. In der Tat delegitimieren solche Beschuldigungen Protestbewegungen selbst unter jenen, die der Sache sympathisch sind"²⁰. Diese Forschungserkenntnis ist zentral: Selbst wenn Menschen mit den Forderungen einer Protestbewegung einverstanden sind, kann die bloße Anschuldigung

auslandgestützter Unterstützung sie dazu bringen, die Bewegung zu unterstützen, oder sogar ihre Unterstützung zu verwandeln oder zu zögern.

Die Rolle der Medien und der Rhetorik: Wie Vorwürfe konstruiert und verbreitet werden

Ein kritischer Aspekt der Nutzung von auslandeinmischungs-Vorwürfen als Protestdiskreditierungstaktik ist, wie diese Vorwürfe durch die Medien und durch offizielle Kanäle konstruiert und verbreitet werden. Im kanadischen Fall dokumentierten deutsche und englische Quellen, dass Deutsche Medienberichte die Alarmismus der Regierung widerspiegeln. Ein deutscher Bericht beschrieb, dass Tesla-Gründer Elon Musk prominent die Lkw-Fahrer unterstützte und Premierminister Trudeau mit Adolf Hitler verglich, ein Tweet, der später gelöscht wurde, nachdem Kritik von der Gedenkstätte Auschwitz¹.

Dies zeigt einen wichtigen Aspekt des Musters: Die Rhetorik um Proteste wird nicht nur von Regierungen, sondern auch von prominenten Medienfiguren und internationalen Akteuren geformt. Wenn diese Akteure Vergleiche ziehen, die Proteste mit extremistischen Bedrohungen oder autoritären Machenschaften verbinden, wird dies in den Narrativen eines Teils der öffentlichen Meinung eingebettet, und das schafft einen Rahmen, in dem der Vorwurf auslandgestützter Unterstützung als "offenkundig" wahr erscheint.

Russische Desinformation, soweit es dokumentiert ist, funktioniert durch ähnliche Mechanismen. Die Kas-Stiftung berichtet, dass "russische Desinformation allgegenwärtig ist" und dass "es sehr unterschiedliche Arten russischer Desinformation gibt, die sich jedoch fast alle durch schnelle Verbreitung auszeichnen"⁶. In einigen Fällen werden Fakten lediglich verdreht, während andere Geschichten völlig haltlos sind, oft bis zur Absurdität⁶. Die Infrastruktur umfasst "Fake News, angebliche Zeugen, inszenierte Tötungen, Deepfakes, manipulierte Filmaufnahmen oder von Russland gekaufte Politiker oder Pseudoexperten"⁶.

Aber hier ist der wichtige Punkt: Während russische Desinformation real ist und dokumentiert ist, ist die Benutzung von "Russland ist dahinter" Rhetorik auch eine Taktik geworden, die westliche Regierungen verwendet haben, um ihre eigenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Im kanadischen Fall deuteten Regierungsbeamte auf russische Einmischung hin, während die Geheimdienste keinen Sicherheitsschwellenwert fanden, der solche drastischen Maßnahmen wie die Invokation des Notstandsgesetzes rechtfertigte. Dies ist das Muster, das der Nutzer identifiziert hat: Der Vorwurf wird konstruiert und verbreitet, dann wird er verwendet, um Maßnahmen zu rechtfertigen, die anschließend von Gerichten überprüft und problematisch befunden werden.

Die Finanzierungsfrage: Wo legitime internationale Unterstützung zu "auslandgesteuerte Subversion" wird

Ein weiterer kritischer Aspekt ist, wie legitime internationale Finanzierung und Unterstützung in "auslandgesteuerte Subversion" umgewandelt wird. Im Fall des Freiheitskonvois wurde die Finanzierung durch crowdsourcing-Plattformen wie GoFundMe und GiveSendGo zu einem zentralen Aspekt der Debatte. Die Daten zeigen, dass etwa 56% der Spender zur "Freedom Convoy

2022" GiveSendGo-Seite aus den USA kamen und 39% aus Kanada²⁹. Bei der "Adopt-a-Trucker" Seite kamen etwa 60% der Spender aus Kanada und 37% aus den USA²⁹.

Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die Rhetorik funktioniert: Die Tatsache, dass internationale Menschen Geld an einen Protest spendeten, wurde als Beweis für "auslandgesteuerte" Unterstützung dargestellt. Doch die großmehrheit dieser Spender waren normale Menschen, die privat Geld gaben, nicht Regierungen oder staatlich koordinierte Operationen. Dies ist legitime internationale Solidarität — das gleiche Phänomen, wenn Westler Geld an Demokratiebewegungen in Hongkong, Belarus oder anderen Ländern spenden. Aber wenn es Kanadier und Amerikaner gibt, die an einen Protest in Kanada spenden, wird es als "auslandgesteuert" charakterisiert.

Die Forschung zu diesem Phänomen ist klar: "Regierungen, die Protestgruppen diskreditieren möchten, konzentrieren ihr Feuer auf die ausländische Finanzierung, die Protestorganisatoren angeblich erhielten. Zum Beispiel erhielt die serbische Protestbewegung Otpor mehrere Formen der Unterstützung von westlichen Regierungen nach ihrer Schöpfung, einschließlich Training in gewaltlosen Protestmethoden und finanzielle Unterstützung. Nichtsdestotrotz betonte das Milošević-Regime in seinen Bemühungen, die Protestierenden als 'Madeline [Albright] Youth' zu diskreditieren, in seinen Mitteilungen die finanzielle Unterstützung, die Otpor erhielt, sogar zu dem Punkt, Wandplakate zu posten, in denen Otpor-Aktivisten mit Taschen voller US-Dollars dargestellt wurden"^{9 9}.

Dies ist die gleiche Playbook-Routine: Es gibt internationale Finanzierung, auf diese wird hingewiesen, und plötzlich wird die Protestbewegung als nicht-authentisch dargestellt. Aber es unterscheidet sich fundamental zwischen Finanzierung, die von Regierungen koordiniert wird, um Regimewechsel zu bewerkstelligen — das wäre real problematisch — und die Tatsache, dass Menschen in anderen Ländern das Gleiche unterstützen, das ihre eigenen Werte widerspiegelt.

Das Konzept des "Foreign Interference" im Spiegel: Wie westliche Länder die gleichen Taktiken verwenden

Die tiefere Ironie dieses Musters ist, dass westliche Länder die gleichen Taktiken verwenden, wenn es um ihre eigenen geopolitischen Interessen geht. Die Brennan Center-Forschung dokumentiert, dass es 2020 keine Beweise für auslandgesteuerte Wahleintmischung gab, obwohl es Fälle von Einfluss gab^{21 22}. Im Gegensatz dazu dokumentiert die 2016-Wahl tatsächliche russische Einmischung, bei der russische Geheimdienstbehörden sich in Wahlbeamtennetzwerke in Staaten und lokalen Wahlagenturen hackten^{21 22}. Aber die Rhetorik, die von einigen westlichen Politikern verwendet wird, hat tendenziell die beiden zu verwischen.

Dies führt zu einer interessanten Beobachtung: Westliche Länder sprechen ständig von "Einmischung" in anderen Ländern, wenn sie versuchen, Ergebnisse zu beeinflussen, die mit ihren Interessen nicht übereinstimmen, während sie ihre eigenen Operationen als legitime "Demokratieförderung" und "Zivilgesellschaftsfinanzierung" charakterisieren. Der Jacobin-Artikel zitiert ein intrigierendes Zitat aus einem Bericht: "[Die US-Auslandshilfe-Industrie und Bürokratie] dienen dazu, weltweiten Frieden zu destabilisieren, indem sie Ideen in fremden Ländern fördern, die direkt umgekehrt zu harmonischen und stabilen Beziehungen innerhalb von und unter Ländern sind"¹⁵. Diese Sprache wiederholt eine Beschwerde von Senatoren der Republikanischen Partei während Trumps erstem Amtsantritt über US-Botschaften und die US Agency for International

Development (USAID), die sich in Politik einmischen und fortschrittliche Ursachen zur Bestürzung von Locals in den Balkanen, Lateinamerika und Afrika fördern¹⁵.

Fallstudien: Der breitere Kontext von "Color Revolution" Retorischen

Um vollständig zu verstehen, wie der Vorwurf auslandgestützter Einmischung zu einem standardisierten Instrument zur Delegitimierung von Protesten geworden ist, ist es aufschlussreich, sich andere Fallstudien anzusehen, wo Regierungen ähnliche Rhetorik verwendet haben. Die Hongkong-Proteste 2019-2020 sind ein beleuchtender Fall. Während die Proteste durch lokale Fragen über das Auslieferungsgesetz der Anti-ELAB ausgelöst wurden, verbreitete die pro-Beijing-Seite Verschwörungstheorien über "CIA-Beteiligung"¹⁶. Diese basierten auf Fotos kaukasischer Männer, die an Protesten teilnahmen — nicht auf Beweisen tatsächlicher westlicher Koordination¹⁶.

Die chinesische Regierung startete dann Desinformationskampagnen, um Informationen zu dilute, die von ausländischen Korrespondenten auf Twitter gepostet wurden¹⁶. Facebook und Twitter kündigten an, dass sie großflächige Desinformationskampagnen auf ihren Netzwerken entdeckt hatten, die Bilder, die verdreht oder aus dem Kontext entnommen waren, mit Beschriftungen umfassten, um die Protestierenden zu verunglimpfen und zu diskreditieren¹⁶. Untersuchungen durch Facebook, Twitter und YouTube ergaben, dass einige Angriffe koordinierte, staatlich unterstützte Operationen waren, die von Agenten der chinesischen Regierung durchgeführt wurden¹⁶. Ein ASPI-Bericht zeigte, dass die angebliche Desinformationskampagne drei Hauptnarrative beförderte: Verurteilung der Protestierenden, Unterstützung für die Hongkong-Polizei und "Verschwörungstheorien über westliche Beteiligung an den Protesten"¹⁶.

Dies ist ein Fall, in dem staatlich koordinierte Desinformation nachgewiesen wurde — echte Einmischung. Aber auch in diesem Fall ist es wichtig zu unterscheiden: Der Vorwurf der westlichen Einmischung wurde als Teil dieser Desinformationskampagne verwendet. Die realen Zeichen der Einmischung waren auf der Seite der chinesischen Regierung, nicht auf der Seite des Westens. Doch durch das Verbreiten der "West-beteiligten" Narrative, die chinesischen Regierungsbehörden in der Lage, die Protestbewegung mit der gleichen Technik zu diskreditieren, die jetzt in Georgien, Serbien, der Slowakei und Kanada verwendet wird.

Die psychologischen und politischen Mechanismen: Warum die Rhetorik funktioniert

Die Forschung schlägt vor, dass es mehrere tiefe psychologische und politische Gründe gibt, warum der Vorwurf auslandgestützter Einmischung so wirksam ist, um Proteste zu diskreditieren, unabhängig von seinem Wahrheitsgehalt. Das erste ist die "Bedrohung" Rahmung: Wenn eine Regierung Proteste in Begriffen von "ausländischen Machenschaften" und "Sicherheitsbedrohungen" darstellen kann, aktiviert dies ein psychologisches Schutzmuster bei der Öffentlichkeit⁹. Menschen haben eine natürliche Neigung, ihre "eigenen Gruppe" gegen externe Bedrohungen zu schützen, und wenn Protestierende als "Agenten ausländischer Mächte" dargestellt werden, können sie unwissentlich in die Kategorie "Bedrohung des Nationalstaates" fallen.

Das zweite ist die Frage der "Handlungsfähigkeit": Wie der Wilson Center betont, "leugnet die Logik, die am Zentrum dieser Annahmen liegt, die Handlungsfähigkeit inländischer Protestierender und entbindet Regierungen der Notwendigkeit, direkt, als Gleichgestellte, mit der inländischen Opposition zu berufen"¹³. Dies ist psychologisch konvenient für Regierungen. Es ist schwieriger, mit Protestierenden zu verhandeln, wenn Sie ihre Forderungen ernst nehmen müssen — es würde bedeuten, dass Sie möglicherweise Zugeständnisse machen müssen. Es ist viel leichter, die Protestierenden als "fremde Marionetten" zu charakterisieren und dann durch Außenpolitik "die fremde Drohung" zu behandeln.

Das dritte ist die "Polarisierung" Wirkung: Durch das Zusammensetzen von Protesten mit auslandgestützter Subversion werden Mitglieder der Gesellschaft, die mit den Protestierenden nicht einverstanden sind, mobilisiert, um gegen sie zu wählen. Der Cambridge-Forscher fand, dass "Vorwürfe der Auslandsfinafinanzierung zu einer 6,8/8,4% Steigerung bei 'stark zustimmen' Antworten für die Regierung zu verhaften und streng gegen Protestierende zu restraint führte"⁹. Das ist eine bedeutsame Verschiebung. Wenn nur ein Teil der Öffentlichkeit bereits mit Protestierenden nicht einverstanden ist, kann dieser Vorwurf diese Seite mobilisieren und die Regierung mit einer Mehrheit versorgen, um drastic Maßnahmen zu ergreifen.

Der rechtliche Aspekt: Wenn der Vorwurf zu drastischen Maßnahmen führt

Was den kanadischen Fall besonders interessant macht, ist, dass der Vorwurf auslandgestützter Einmischung nicht nur zur Verfolgung von Protestierenden führte, sondern auch zum Einsatz einer drastischen "Verfassungsnotstandsgesetzgebung" führte, die später vor Gericht für unrechtmäßig befunden wurde. Das ist eine wichtige Eskalation: Der Vorwurf wurde nicht nur verwendet, um Protestierenden Glaubwürdigkeit zu untergraben; er wurde verwendet, um ein extraordinäres legislatives Werkzeug zu invozieren, das beträchtliche Bürgerrechte beschnit, einschließlich des Einfrierens von Bankkonten⁸.

Die verfassungsrechtlichen Implikationen hier sind tiefgreifend. Eine Regierung könnte "nationale Notfall" als Rechtfertigung für außerordentliche Maßnahmen aufstellen, wenn sie "auslandgestützte Subversion" festlegt. Aber wenn, wie im kanadischen Fall, die Geheimdienste keine konkreten Beweise für ernsthafte Bedrohungen finden, aber die Regierung dennoch die Notstandsgesetzgebung invoziert, wird das Tor zu einem neuen Regierungsbefähigungsmechanismus geöffnet: Immer wenn eine unbequeme Protestbewegung auftaucht, könnte eine Regierung einfach "auslandgestützte Einmischung" behaupten und dann drastische Maßnahmen ergreifen, auch wenn die Geheimdiensteevidence nicht-unterstützend ist.

Dies ist nicht einfach eine theoretische Besorgnis. Die Tatsache, dass ein Bundesgericht diese Invokation für unrechtmäßig befand, zeigt, dass es ein echtes rechtliches Risiko gibt, wenn Regierungen "nationale Notfall" auf der Grundlage von bloßem Verweisen auf auslandgestützte Einmischung behaupten. Ein Bericht von einer Panel von Experten in Georgien dokumentiert, dass ähnlich vorgabengesetze wie die "Foreign Agent Laws" in Russland, der Türkei und Aserbaidschan "absichtlich unscharf formuliert sind, um es den Gerichten unter Putins Kontrolle zu ermöglichen, Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Organisationen der Zivilgesellschaft durch eine breite Interpretation des Gesetzes zum Schweigen zu bringen"¹⁰. Diese Gesetze "dienen als ein Instrument der Regierung von Putin, um Medien und zivilgesellschaftliche Akteure zu

diskreditieren, zu stigmatisieren und zu verfolgen, wenn sie demokratische Strukturen fördern und das Regime im Kreml kritisieren"¹⁰.

Die gegenwärtige Situation: Alte Muster in neuen Medien

Es ist wichtig zu erkennen, dass das Muster der Vorwürfe auslandgestützter Einmischung nicht mit dem Freiheitskonvoi begann und nicht mit Hongkong endete. Ein aktueller Bericht vom April 2026, drei Monate vor der Gegenwart, dokumentiert, dass China "ein umfassendes digitales Regierungssystem gebaut hat, das zu eng die Online-Äußerung kontrolliert, während gleichzeitig Stimmen zu Gunsten der Regierung verstärkt werden"¹¹. Die Kern-Infrastruktur wird durch die "50 Cent Party" — auch als Wumao Dang bekannt — ein lose organisierten doch hochgradig wirksamen Netzwerk von Millionen von Kommentatoren verwaltet¹¹. Diese Operationen zielen darauf ab, nicht nur die inländische öffentliche Meinung zu beeinflussen, sondern auch die im Ausland¹¹.

Zur gleichen Zeit dokumentieren Berichte, dass westliche Regierungen neue Untersuchungen in "Nonprofit-Finanzierung" hinter Gewalt starten¹⁹. Dies ist eine Kontinuation desselben Musters: Das Suchen nach Beweisen für "auslandgestützte" oder "nicht-transparent finanzierte" Protestaktion wird verwendet, um die Protestierenden selbst zu delegitimieren. Ein Sky News Digital-Bericht vom März 2026 warnte vor "ausländischen Influenzern", die "Anti-Trump-Propaganda" finanzieren, mit dem Vertreter John Fund erklärend, dass "es ausländische Einmischungen in amerikanischen Wahlen gibt" und dass dies "eine Untersuchung verdient"¹⁷.

Synthese und Schlussfolgerungen: Das Muster ist real, aber komplex

Nachdem alle diese Beweise überprüft wurden, scheint die These des Nutzers substantziell unterstützt zu werden durch eine Vielzahl von akademischen, rechtlichen und faktischen Quellen. Es gibt tatsächlich ein erkennbares Muster, bei dem westliche Regierungen — und tatsächlich nicht-westliche Regierungen — Vorwürfe der auslandgestützten Einmischung verwenden, um Protestbewegungen zu diskreditieren. Der kanadische Fall ist ein Beispiel dieses Musters.

Allerdings ist es wichtig zu präzisieren, dass das Muster nicht einfach ist. Es gibt mehrere Komplexitäten:

Erstens existiert auslandgestützte Einmischung tatsächlich. Russland führt Desinformationskampagnen durch; China betreibt großflächige Online-Einflussoperationen; westliche Länder finanzieren NGOs in anderen Ländern. Dies sind dokumentierte Realitäten. Das Problem ist, dass die bloße Existenz dieser Operationen nicht bedeutet, dass jede Protestbewegung mit internationaler Unterstützung "auslandgesteuert" ist.

Zweitens ist die Unterscheidung zwischen Einfluss und Einmischung kritisch. Es ist legitim, dass Menschen in verschiedenen Ländern sich gegenseitig bei Protestbewegungen unterstützen, die ihre Werte widerspiegeln. Es ist ein anderes Phänomen, wenn Regierungen aktiv Operationen durchführen, um Protestbewegungen zu orchestrieren oder zu manipulieren. Diese Unterscheidung wird oft in der Öffentlichkeit gelöscht.

Drittens ist die Rhetorik teilweise selbsterfüllend: Durch die Betonung der "auslandgestützten" Natur von Protestbewegungen können Regierungen die öffentliche Unterstützung für Protestierende tatsächlich erodieren und mehr öffentliche Unterstützung für härtere Regierungsmassnahmen mobilisieren, unabhängig davon, ob die ursprüngliche Anschuldigung berechtigt war.

Viertens ist das Muster nicht exklusiv im Westen. Autokratische Regierungen verwenden ähnliche Rhetoriken; sie sprechen möglicherweise nicht vom "Westen" als auslandgestützte Macht, sondern von "Imperialisten", "CIA-Agenten" oder "auslandgestützten Verschwörungen". Aber das psychologische und politische Muster — Protestierende als Puppen auslandgestützter Mächte zu charakterisieren — ist universell.

Letztendlich ist die kanadische Fall-Situation eine in der die Regierung von auslandgestützter Einmischung sprach, die Geheimdienste dieselbe Bedrohung nicht als erfüllend der Kriterien für die Invokation außerordentlicher legislativer Macht befanden, und Gerichte später die Rechtsgrundlage für diese Invokation ablehnten. Dies ist nicht einfach ein Beispiel dafür, dass die Regierung Vorwürfe konstruierte; es ist ein Beispiel dafür, dass die Rhetorik von auslandgestützter Einmischung zu drastischen legalen Konsequenzen für Protestierenden führte, während die faktische Grundlage für die Invokation später als unzureichend befunden wurde.

Das Muster ist real: Westliche (und nicht-westliche) Regierungen verwenden Vorwürfe auslandgestützter Einmischung, um Protestbewegungen zu delegitimieren. Dies hat messbare Effekte auf die öffentliche Unterstützung. Und wie der kanadische Fall zeigt, kann diese Rhetorik zu drastischen Massnahmen führen, die später vor Gericht überprüft werden, um ihre Rechtsgrundlage zu ermangeln. Das ist ein wichtiger und verstörendes Muster, das verdient, weithin in der Gesellschaft erkannt und kritisch untersucht zu werden.

Empfehlungen und zukünftige Richtungen: Wie mit diesem Muster umgegangen werden kann

Angesichts dieser Erkenntnisse gibt es mehrere empfangene Ansätze für Gesellschaften, um mit diesem Muster klüger umzugehen. Erstens müssen Medien und Zivilgesellschaft die Unterscheidung zwischen Einfluss und Einmischung verstärken. Ein einfacher Vorwurf von "auslandgestützter Unterstützung" sollte nicht automatisch dazu führen, dass Protestierenden in die Kategorie der "nicht-authentischen" oder "Marionetten" fallen. Unterscheidung ist notwendig.

Zweitens sollten Geheimdienste und Sicherheitsexperten transparent über die tatsächliche Beweise für auslandgestützte Einmischung sein. Im kanadischen Fall würde eine frühere öffentliche Klarstellung durch CSIS, dass kein Sicherheitsschwellenwert erfüllt wurde, möglicherweise der Rhetorik der Regierung widerstanden haben. Transparenz schafft Legitimität.

Drittens sollten rechtliche Schwellen für die Invokation außerordentlicher legislativer Macht stark bleiben. Der Tatsache, dass ein Gericht die kanadische Invokation des Notstandsgesetzes später für unrechtmäßig befand, beweist, dass diese Schwellen funktionieren können, wenn sie durchgesetzt werden. Aber dies erfordert Unabhängigkeit der Justiz.

Viertens sollten Gesellschaften vorsichtig wegen der Eskalation von Regierungsbefähigung aufgrund vager Behauptungen. Wenn Regierungen regelmäßig Bankkonten einfrieren, Straßen blockieren oder außerordentliche Maßnahmen aufgrund bloßer Vorwürfe von "auslandgestützter

Einmischung" ergreifen können, wird dies die Basis für Tyrannei. Dies ist nicht einfach eine Frage von links gegen rechts Politika; es ist eine Frage der Begrenzung willkürlicher Regierungsmacht.

Schließlich sollten internationale Organisationen und Länder Doppelstandards in der Kritik von "auslandgestützter Einmischung" klarstellen. Wenn der Westen Georgien kritisiert, weil es NGOs und Aktivisten als "auslandgesteuert" charakterisiert, während der Westen selbst massiven Finanzierung in diese Länder pumpt, ist das Doppelstandard. Eine universelle Norm — eines, das tatsächliche Staatseintmischung kritisiert, aber legitime internationale Solidarität und Unterstützung erkennt — wäre fairer.

Das Muster des Vorwurfs auslandgestützter Einmischung wird sich nicht bald auflösen. Solange Protestbewegungen global stattfinden und solange das Internet internationale Verbindungen ermöglicht, werden Regierungen diese Rhetorik verwenden können. Aber eine bewusste, kritisch informierte Öffentlichkeit, die zwischen echtem Einmischung und bloßer Rhetorik unterscheiden kann, ist der beste Schutz gegen diese Taktik.